

Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 2/44. Jahrgang

Februar 2013

Schutzgebühr: 0,40 €

Das Unheil LaGa schreitet voran



Mit Transparenten, Schildern, untauglichen Schirmen und einem Flugblatt protestierte die BI „Stoppt diese Landesgartenschau“ am 17. Januar vor dem Rathaus gegen die Verabschiedung des „Rettungsschirms“ im Stadtparlament.

Denn auch die desaströse Landesgartenschau trägt ihren Teil zu Gie-

ßens Schuldenberg bei. Derweil mußten die LaGa-Betreiber weitere Niederlagen einstecken: die geforderten Zuschüsse für die Ampelanlage an der Gutfleisch-Str./Ostanlage wurden vom Land nicht bewilligt. Dann wird die Stadt die Kosten in Höhe von 350.000 Euro alleine aufbringen, so
(Fortsetzung auf Seite 3)

Umweltpreis an die BI!

Wenn in diesem Jahr der Umweltpreis der Stadt Gießen verliehen wird, kommt dafür nur einer in Frage: Die BI "Stoppt diese Landesgartenschau".



Inhalt:

Kapitalismus = Armut/Hessenwahl	S.2
46er/Wasserpreis/Schutzschirm	S.3
Privatisierung/Sammlungsgesetz	S.4
Wendehals/BRD-Vergangenheit	S.5
Mali, Syrien: Krieg führt zu Krieg	S.6
Solidarität mit Kurdinnen/Brecht	S.7
Naziaufmarsch in Dresden	S.8
Verdächtig-INDECT/Termine	S.8

Arbeitsgericht Gießen: Hängepartie für Busfahrer Volker Weil

Auch im neuerlichen Gutetermin am 11. Januar 2013 gab es keine Entscheidung im Entfristungsprozess Volker Weil (Gießener Echo Dezember 2012). Wie berichtet, waren vier vergleichbare Busfahrer unbefristet von Mit.Bus, eine Tochterfirma der Stadtwerke Gießen, übernommen worden. Nur der Betriebsratsvorsitzende Volker Weil wurde nicht übernommen. Nachdem im ersten Gutetermin es keine Einigung gab, trug die MitBus jetzt die angeblichen Gründe der Nicht-

übernahme vor. Dies sorgte für Heiterkeit bei den Zuhörern, die überwiegend aus Busfahrern der Stadtwerke und Mit.Bus bestand. Die angeblichen Verfehlungen kommen jeden Tag bei fast allen Fahrern vor und sind der schlechten Struktur und Organisation bei beiden Unternehmen geschuldet. Im Übrigen wurde keiner der angeblichen Fehler jemals abgemahnt! Da ebenfalls vor Gericht Aufzeichnungen über den Kollegen Weil vorgelegt wurden, die jedoch erst mit

Beginn seiner Tätigkeit als Betriebsratsvorsitzender angefangen wurden, ist die Sache klar: Ein Betriebsratsvorsitzender, der bei Mit.Bus gemeinsam mit seinen Kollegen im Betriebsrat Missstände abgestellt hat, wird per Befristungsgesetz rausgeschmissen. Es wird Zeit, dass dieses unsinnige Befristungsgesetz ersatzlos gestrichen wird.

Nächster Termin vor dem Gießener Arbeitsgericht ist am 19. April 2013. Solidarität mit Volker Weil!!

Helmut Appel

Für Frieden und Sozialismus!



Kapitalismus = Armut und Krieg

Die Staatsverschuldung ist inzwischen auf mehr als 2 Billionen Euro angewachsen. Da müßte es doch heißen: Geld her! Das Geld holen, wo es ist.

Aber nein, es wird „gespart“, da werden „Schuldenbremsen“ beschlossen und „Schutzschirme“ diktieren gnadenlose Gebührenerhöhungen und Kürzungen auf allen Ebenen – außer bei den Unternehmern

Gleichzeitig ist das Privatvermögen in Deutschland auf 7,5 Billionen Euro (netto) angestiegen – nachzusehen auf der Reichtumsuhr im Gießener DGB-Haus.

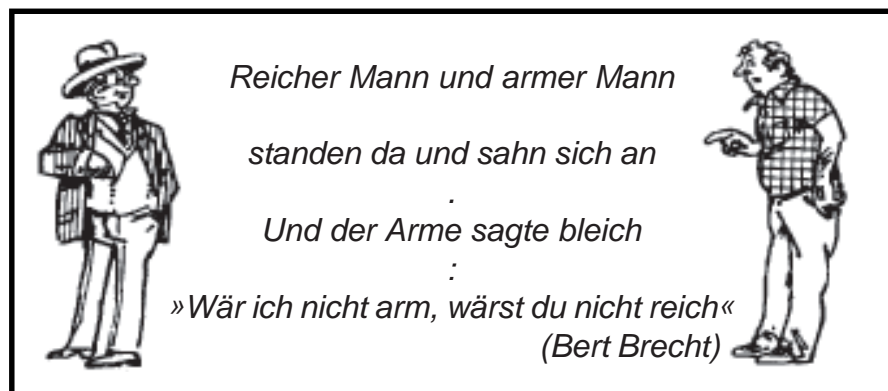
An diesem sich seit Jahren zuspitzenden Gegensatz wird nicht gerüttelt. Im Gegenteil: Während immer

wie SPD/Grüne. Und das ist auch konsequent, sind es doch genau die gleichen Parteien, die mit ihrer Steuerpolitik in Berlin die Staatsverschuldung auf allen Ebenen produziert haben.

Eine Methode ist es auch, erst Gesetze und Vorschriften zu Lasten der Menschen zu beschließen, um sich hinterher mit den selbst geschaffenen "Sachzwängen" herauszureden. An dieser Praxis wollen sie auch nichts ändern; und deswegen verkaufen sie ihre Sparprogramme als „alternativlos“.

Es war Bundeskanzler Helmut Schmidt (SPD), der vor mehr als 30 Jahren mit der Einführung der Rezeptgebühren u.a.m. begann, die er-

"Das Kapital hat einen Horror vor Abwesenheit von Profit oder sehr kleinem Profit wie die Natur vor der Leere. Mit entsprechendem Profit wird das Kapital kühn: 10% sicher, und man kann es überall anwenden; 20% es wird lebhaft; 50% positiv waghalsig; für 100% stampft es alle menschlichen Gesetze unter seinen Fuß; 300%, und es existiert kein Verbrechen, das es nicht riskiert, selbst auf die Gefahr des Galgens." (aus: Karl Marx, "Das Kapital", Bd. 1, S. 788)



mehr Menschen verarmen, Tafeln und Suppenküchen Hochbetrieb haben und die Obdachlosigkeit zunimmt, wächst der Reichtum weniger und „die Wirtschaft“ fährt Superprofite ein. Das alles ist kein Naturgesetz, das ist Kapitalismus.

In Gießen haben CDU/FDP dem „Schutzschirm“ genauso zugestimmt

kämpften Sozialleistungen einzuschränken. Es war Bundeskanzler Kohl (CDU), der anschließend mit der „sozialen Hängematte“ und dem „Sozialklimbim“ aufräumte. Anfangs, solange die sozialistische DDR existierte, noch gebremst.

Eine grassierende Armut wie heute konnten sie sich angesichts des vor-

bildlichen Sozialsystems in der DDR nicht leisten.

Aber nach dem Anschluß 1990 benötigte der Kapitalismus das soziale Mäntelchen nicht mehr und bekannte sich zu seiner hässlichen Fratze – die inzwischen in ganz Europa immer sichtbarer wird.

Daß dazu im Interesse des Kapitals wieder Kriege geführt werden, ist die zweite Seite der Medaille. Daß der erste deutsche Krieg (gegen Jugoslawien) wie auch die Agenda 2010 von SPD und Grünen verbrochen wurde, war logisch: nur so konnten die Gewerkschaften zum Stillhalten gebracht werden. Und so dient jede Bundesregierung dem Kapital auf ihre Weise. So lange es zu wenig Menschen gibt, die dieses böse Spiel durchschauen, wird die Politik der Austerität, des grausamen „Sparens bis es quietscht“, weitergehen. Erika Beltz

Landtagswahlen in NRW und Hessen

Am gleichen Tag wie die Bundestagswahlen – vermutlich am 22. September – soll auch in Hessen der neue Landtag gewählt werden. Dabei wird es auch um den Verbleib der Partei die Linke (PDL) gehen, die sowohl in NRW als auch in Niedersachsen an der 5%-Klausel gescheitert ist. Besonders in Hannover, wo die Stimmenzahl halbiert wurde, war der Absturz heftig. Ein Grund hierfür dürfte die Anbiederung als Mehrheitsbeschaffer für SPD/Grün gewesen sein. Warum sollte man sie noch wählen, wenn sie dann doch auf grundsätzliche Opposition verzichten will. Wer nur einen Regierungswechsel will, der wählt gleich SPD oder Grün. Peinlich, daß schon vorher Sahra Wagenknecht als „Verhandlungsführerin“ bestimmt wurde. Und peinlich auch, daß mit Meinungsumfragen um Wählerstimmen geworben wurde, die der PDL 6% prognostiziert haben sollen. In Hessen hat die PDL eine reelle Chance, wieder in den Landtag einzuziehen, vorausgesetzt, sie macht eine konsequente – auch außerparlamentarische – Oppositionspolitik

E.B.



60.000 Euro an die "46er"? - Amoralisch

Während überall abkassiert wird – von der Erhöhung der Gewerbe- bis zur Hundesteuer, von der Erhöhung der Kita- bis zu den Parkgebühren – bekommen Gießens Profibasketballer mal eben 60.000 Euro aus der Stadtkasse.

Um die „46er“ künstlich am Leben bzw. in der Bundesliga zu halten, hat die Stadt Gießen vor einigen Jahren eine Bürgerschaft in Höhe von 180.000 Euro übernommen. Die wurde jetzt fällig, nachdem die GmbH Insolvenz angemeldet hat. Um nicht die volle Summe bezahlen zu müssen, hat die OB ein Drittel der Bürgerschaft eingelöst und damit den Konkurs – erst mal – abgewendet. Die Banken geben wieder Kredit.

Seit Jahren machen die Basketballer, die am untersten Ende der Tabelle dümpeln, Negativschlagzeilen – sowohl wegen ihrer spielerischen Leistungen als auch wegen ihres Mißmanagements. Aber sie haben eine einflußreiche Lobby, die ihr die Osthalle, die sie kostenlos nutzen darf, in tadellosen Zustand hält und sogar eine VIP-Lounge bereitstellt.

Daß eine Kommune für eine „Gesellschaft mit beschränkter Haftung“ bürgt, ist ein Unding an sich. Daß diese GmbH jetzt angesichts Sparprogramm und „Rettungsschirm“, von dem jetzt bereits feststeht, daß die beschlossenen Kürzungen ausgeweitet werden, Geld von der Stadt bekommt, ist – amoralisch. M.Beltz

Runter mit den Wasserpreisen!

Das Gießener Wasserwerk, genannt Mittelhessische Wasserbetriebe, hat seinen Jahresabschluß für 2012 veröffentlicht, 2,4 Millionen Euro Gewinn wurden verbucht. Eine Million davon fließen direkt in die Stadtkasse, der Rest fließt in die Rücklagen und entlastet damit die Stadt bei späteren Investitionen. Aufgabe städtischer Betriebe ist es aber nicht, hohe Gewinne einzufahren, sondern eine kostendeckende Versorgung der Bevölkerung. Dieser Gewinn ist sowas wie eine Wassersteuer von ca. 30 Euro, die jeder Einwohner Gießens unfreiwillig abführt. Bei kostendeckenden Preisen könnte das Wasser ca. 60 Cent pro m³ billiger sein. G.L.

(Fortsetzung von Seite 1)

Das Unheil LaGa...

Bgm. Weigel-Greulich allen leeren Kassen zum Trotz.

Und auch ihr Plan, die Studierenden für die LaGa zahlen zu lassen, ging nicht auf.

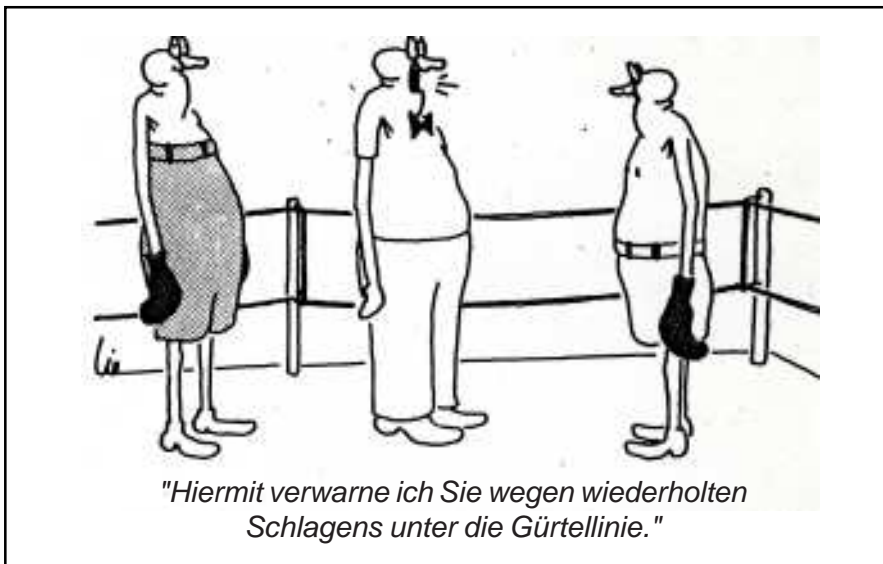
Für eine Erhöhung des Semesterbeitrags um 5 Euro hätten sie freien Eintritt zur LaGa und den Veranstaltungen bekommen. Aber die Studis der THM lehnten dankend ab. Von der JLU ist gleiches zu erwarten.

Um von der eigenen Unfähigkeit abzulenken, wird jetzt versucht, die BI dafür verantwortlich zu machen, daß in diesem Jahr Frühjahrs- und Herbstmesse nicht mehr an der Ringallee stattfinden können, sondern an die Hessenhallen bzw. zum Schlachthof ausweichen müssen.

Auch das ist nicht nur mit erheblichen Mehrkosten für die Stadt sondern auch mit Beeinträchtigung der Besucher verbunden. Schuld daran ist aber nicht die BI, die ihr gutes demokratisches Recht auf politisches Bürgerengagement in Anspruch nimmt (was leider viel zu wenig geschieht).

Es ist der Schlamperei der Verantwortlichen geschuldet, daß die Wege in der Wiesacke, die bis September/Oktober fertig sein sollten, es bis heute noch nicht sind.

Wir dürfen auf weitere Pannen gespannt sein. Michael Beltz



Unterm Schutzschirm gehn die Lichter aus

Staufenberg ist unter den sog. Schutzschirm des Landes Hessen gegangen. Der Beschluß war einstimmig. Auch die Grün-Alternative Liste im Stadtparlament hat „zähneknirschend“ zugestimmt.

Eine der ersten Folgen: in Staufenberg gehen die Lichter aus. Nachdem vor ungefähr 100 Jahre die Stromversorgung in Staufenberg ausgebaut wurde, wurden zunächst an Kreuzungen auch elektrische Lampen eingeführt. Nun in Zeiten des Rettungsschirmes werden in Staufenberg von 1 Uhr bis 5 Uhr in den Nebenstraßen die Lampen ausgeschaltet. Als Sparmaßnahme, damit man die „Vorzüge“ des Rettungsschirmes nutzen kann. Mal schau wie lange es dauert, bis dann nur noch an den Stras-

senkreuzungen die Lampen angeschaltet bleiben. Mit dem Rettungsschirm 100 Jahre zurück, könnte die Staufenberger Losung des an dieser Stelle einheitlichen Stadtparlamentes lauten. Und so leistet die Stadt Staufenberg mit ihren Straßenlampen einen kleinen Beitrag zur weiteren Umverteilung des Geldes von Unten nach Oben. H.R.

Der Sparwut macht auch vor der Reinigung der Schulen nicht halt. Wie wir erfuhren, wird an einigen Gießener Schulen nur noch alle zwei Tage sauber gemacht. In einem Fall wurden sogar die Papierhandtücher durch unhygienische Stoffhandtücher ersetzt

Schluß mit der Privatisierung von Kliniken!

Ein Drittel aller Krankenhäuser stehen vor dem wirtschaftlichen Ruin. Grund ist in der Regel nicht schlechte Arbeit der Beschäftigten, sondern schlechte Bedingungen. Fast überall sparen die öffentlichen Träger an Investitionen, in vielen Fällen werden Investitionen oder Baukosten den Kliniken in Rechnung gestellt – obwohl nach dem Krankenhausfinanzierungsgesetz deren Einnahmen ausschließlich für den laufenden Betrieb vorgesehen sind. Als Patentlösung sehen die Träger oft die Privatisierung der Einrichtungen an, in Hessen soll als nächstes das Stadtkrankenhaus in Offenbach drankommen (dagegen läuft ein Bürgerbegehren, s. Echo 01/13). Die Folgen sind vom Uniklinikum Gießen-Marburg bekannt: Arbeitsverdichtung, Outsourcing, Lohndumping, schlechtere Pflege und Kran-

kenversorgung. Angeblich soll der Wettbewerb zwischen verschiedenen Krankenhäusern deren Leistungen besser und billiger machen. Das Ge-



genteil ist der Fall. Die Kliniken konkurrieren nicht um die besten medizinischen Leistungen, sondern um die höchsten Einnahmen. Die unterschiedlichen Fallpauschalen führen

dazu, daß einerseits unnötige Operationen durchgeführt werden, es andererseits lange Wartezeiten gibt. Für ein besseres Gesundheitswesen wäre notwendig: Schluß mit allen Privatisierungen, Rückführung privatisierter Kliniken in öffentliche oder gemeinnützige Verantwortung, Planung statt Wettbewerb, ausreichende Investitionen, Personalmindeststandards und Mitbestimmungsstrukturen. Nach einem Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes (s. Echo 01/13) sind Privatisierungen von kommunalen Krankenhäusern eigentlich unzulässig. Gemeinden dürfen sich nach dem Grundgesetz nicht ihrer gemeinwohlorientierter Handlungsspielräume begeben. Im Urteil ging es um einen Weihnachtsmarkt – wie viel mehr müßte das dann für die Krankenversorgung gelten!
Gernot Linhart

Sammlungsgesetz notwendig

Nachdem das hessische Sammlungsgesetz zum 31.12.2009 außer Kraft trat, gibt es keine gesetzlichen Regelungen für soziale Sammlungen. Darin war z.B. geregelt, dass keine Kinder unter 14 Jahren bei Sammlungen eingesetzt werden durften, auch - und dies wurde besonders betont - nicht bei kirchlichen Sammlungen. Und nun sendet die katholische Kirche ganz ungeniert die als „heilige drei Könige“ verkleideten Kinder zum Sammeln aus. Wer kann schon engagierten hübschen Kindern, die noch

dazu für einen guten Zweck sammeln, widerstehen und keine Spende geben? Doch schauen wir uns den guten Zweck mal genauer an: diesmal waren es Projekte der katholischen Kirche in Tansania. Ein paar Fakten zum Land: ca. 35% Katholiken, 35% Moslems, die Geburtenrate beträgt 5,3 Kinder pro Frau, nur 20% haben Zugang zu Verhütungsmitteln, 6,2% sind HIV infiziert, Homosexualität ist verboten und wird strafrechtlich verfolgt, es gibt Kinderarbeit und Kinderprostitution. Doch hierzu ist von Seiten des Vatikan nichts zu hören.

Nun werden Kinder, die die Zustände im Land nicht kennen, zum Geldsammeln eingesetzt (das übrigens nur den Katholiken zugute kommt). Statt kleine Kinder, denen kaum jemand die Spende verweigert, loszuschicken, sollten das Jugendliche mit mindestens 14 Lebensjahren tun. Denen kann man auch erklären, warum man für Sammlungen der katholischen Kirche nichts spenden will. Kinder verstehen das nicht und merken sich nur die „Bösen“, die nicht für gute Zwecke spenden. Noch besser wäre allerdings, der Vatikan würde die Milliarden, die er geschneidert hat, dort einsetzen, wo sie den Bedürfti-



gen gleich welcher Länder und Religionszugehörigkeit zugute kommen, aber dann müsste er sich auch zum Kapitalismus äußern. Die letzten Katholiken, die dies kritisch taten, waren Angehörige der Befreiungstheologie in Südamerika; und die hat der Vatikan in den 70er und 80er Jahren mit allen Mitteln mundtot gemacht. Gewundert hat in Gießen, warum nicht der selbsternannte Menschenrechtsbeauftragte und Fraktionsvorsitzender der Grünen, die Sammlungen des Caritas zum Anlaß genommen hat, die Lage in diesem Land anzuprangern. Oder hält er die Menschenrechte, bzw. das, was er dafür hält, in Tansania für gesichert? H.R.





Grüner Wendehals

Geschickter Schachzug vom Rhön-Klinikum: Der Konzern kauft sich als neuen Personalchef im Klinikum Manfred Rompf. Der war jahrelang Vorsitzender des ver.di Fachbereiches 03 Hessen und Bundesvorstandsmitglied, Betriebsratsvorsitzender der Rehberg-Klinik Herborn und Gesamtpersonalratsvorsitzenden des LWV Hessen. Zuletzt war dieser „Gewerkschafter“ Personalchef vom größten deutschen kommunalen Kliniksbetrieb Vivantes in Berlin. Dort hat er 2009 ein Gehalt von 324.000 Euro erzielt. Warum ist dies ein geschickter Schachzug von Rhön-Klinikum? Nun Rompf kennt ver.di wie seine Westentasche, kennt alle wichtigen Personen bei ver.di, Diskussionen, Schwächen, Stärken und mehr. Ein Verräter erster Sorte, der Betriebsrat des Uni-Klinikum sollte sich schon mal in Berlin erkundigen, was er dort für viel Geld alles zu verantworten hat. Er ist als Grüner noch 2005 mit den Grünen gegen die Privatisierung der Uniklinik Gießen-Marburg angetreten. Getreu dem Motto: *Wes Brot ich eß, des Lied ich sing.* Wie heißt es doch so schön: *Lieber ein Haus im Grünen, als einen Grünen im Haus!* Übrigens trifft er dann im Uni-Klinikum auf einen weiteren Kämpfer gegen die Privatisierung. Der Pressesprecher des UKGM, Frank Steibli, war früher als Mitarbeiter von SPD-Landeschef Schäfer-Gümbel auch engagiert gegen die Privatisierung... *Wir Kommunisten sagen, Raus mit solchen „Kollegen“ aus ver.di* H.R.

BRD-Dame ohne Vergangenheit

Zum 80sten Mal jährte sich am 30. Januar dieses Jahres der Tag, an dem der stockreaktionäre Reichspräsident Generalfeldmarschall von Hindenburg (nach ihm sind in Westdeutschland noch Straßen benannt) die Regierungsgewalt an Adolf Hitler und die Nazis übergab. Die Mehrheit der Mitglieder dieses Kabinetts waren bürgerliche Politiker aus Vorgängerregierungen wie Außenminister von Neurath. Dieser wurde nach dem Krieg von den Alliierten inhaftiert, später dann aus dem Gefängnis Spandau entlassen. Bundespräsident Heuss beglückwünschte ihn zur „Beendigung seines jahrelangen Martyriums“. Heuss hatte ja auch schon für das Ermächtigungsgesetz der Nazis gestimmt, das diesen die unumschränkte Macht in Deutschland übergab. Der spätere Bundeskanzler und frühere Kölner Oberbürgermeister Adenauer (Zentrumspartei) hatte gesagt: „Man kann eine so große Partei wie

fröhlich weiter. Die westdeutsche Wehrmacht wurde von Hitlers Generalen Heusinger, Speidel, Foertsch aufgebaut, der Bundesnachrichtendienst von General Gehlen, dem Leiter von Hitlers Spionagedienst, „Fremde Heere Ost“.

Verwunderlich ist das alles nicht, denn die Leitbilder der deutschen imperialistischen Bourgeoisie sind seit 1900 die gleichen geblieben. Das Monopolkapital will „den Platz an der Sonne“, d.h. führend im Konzert der Großmächte mitspielen. Der Antikommunismus blieb Staatsdoktrin wie in der NS-Zeit, außenpolitisches Feindbild blieb die Sowjetunion.

Die Ziele will man nun allerdings mit den anderen westlichen Großmächten im Bündnis verwirklichen, nicht gegen diese. Da ist die NS-Vergangenheit der BRD heute doch eher peinlich.

Eine neue „Aufarbeitung der Geschichte“ musste her: Ja, zunächst waren

viele alte Nazis am Aufbau unseres Staates beteiligt, aber unsere Demokratie wurde so stark, dass sie diese Anfänge bestens verdaut hat, alte Nazis wurden in neue Demokraten verwandelt. „Widerstandskämpfer“ Bundespräsident Gauck gibt den Takt vor, wenn er



die NSDAP nicht auf Dauer von der Regierung ausschließen.“ Heuss und Adenauer waren keine Faschisten, aber die Abwehrkraft des deutschen Bürgertums gegen die Nazis war in seiner Gesamtheit nahezu null. Nach dem Krieg setzten diese Kräfte genau wieder da ein, wo sie 1933 aufgehört hatten. Und sie taten es mit den aus der NS-Zeit übernommenen „Fachleuten“. Eine 2010 erschienene Studie zum Auswärtigen Amt*) bestätigt, dass in Adenauers Außenministerium mehr Mitglieder der NSDAP saßen als im Naziministerium, was ein DDR-Braunbuch schon 1965 belegt hatte.

Im Beamtenapparat, in Justiz, Polizei, Medizinwesen, an den Universitäten wirkten die NS-Diener nach 1945

sagt, im Westen wurde die NS-Vergangenheit mustergültig bewältigt. Die Wissenschaftler des genannten Werkes über das Auswärtige Amt sagen: „Trotz schwerer Belastungen hat der auswärtige Dienst im Laufe der Jahrzehnte seinen Platz im liberal-demokratischen Institutionsgefüge der Bundesrepublik gefunden.“

Der wirkliche Weg Westdeutschlands über Widerbewaffnung gegen den Willen der Bevölkerungsmehrheit, Verfolgung von kommunistischen Antifaschisten, Berufsverbote, Beteiligung an Kriegen in aller Welt, Krisenabwälzung auf die Arbeiterklasse zeigt in eine ganz andere Richtung.

Klaus Mewes

*) Eckart Conze u. a.: Das Amt und die Vergangenheit. München 2010.

Porto 66% teurer

Liebe Leserinnen und Leser des Gießener Echo,

zum 1. Januar hat die Post sehr drastisch die Gebühren erhöht - für Büchersendungen um 66%. Der Versand des Echo kostet jetzt allein 1,00 Euro an Porto. Dennoch wollen wir im Interesse unserer Abonnenten mit geringem Einkommen nicht die Gebühren erhöhen. Wir bitten aber alle, denen es nicht so schwer fällt, die bisherigen Abo-Gebühren in Höhe von 20 Euro im Jahr nach Möglichkeit aufzustocken.

Wir brauchen Spenden Gießener Echo

Konto Nr. 193070

BLZ 51350025

Sparkasse Gießen

Wir bedanken uns herzlich bei allen, die uns mit kleinen oder größeren Spenden unterstützt und die Herausgabe des Gießener Echo gesichert haben.

Redaktionsschluß für das März.-Echo ist am 21.2.13

Gießener Echo

Hrsg: DKP Kreisvorstand Gießen; verantw.: Erika Beltz, Erscheinungsweise: monatlich. Bezugsgebühren: 20 € im Jahr (inkl. Versandkosten), erm. 15 € Kto.Nr.: 193070 bei Sparkasse Gießen, BLZ 51350025. Druck: Druckkollektiv Bestellungen, Leserbriefe, Anfragen an: Gießener Echo, Postfach 110226, 35347 Gießen, E-Mail: dkp@dkp-giessen.de. Im Internet: www.dkp-giessen.de

Ich möchte:

- Mitglieder der DKP kennenlernen
- das Gießener Echo drei Monate kostenlos zur Probe beziehen
- das Gießener Echo abonnieren
- das Gießener Echo online (pdf) abonnieren

Name:

.....

Adresse:

e-mail:

Mali, Syrien: Krieg führt zu Krieg

Für die NATO-Staaten ist militärische Gewalt zu einem bevorzugten Mittel der Politik geworden. In Mali wurde jetzt den zahlreichen Kriegsschauplätzen ein weiterer hinzugefügt. Fast alle Beobachter sind sich einig, daß die dortigen Kämpfe eine direkte Folge des Krieges zur Zerstörung Libyens sind. Das fragile Gleichgewicht in der Region wurde massiv gestört, die dort schon seit langem tätigen bewaffneten Gruppen wurden durch Zufluß von Waffen und Kämp-

Bevölkerung aller umliegenden Länder. Deren Regierungen bedienen vor allem die Interessen der Industrieländer und deren Konzerne, die eigene Bevölkerung spielt keine Rolle. Gegen Schmiergelder für die Herrschenden werden Rohstoffe ausgebeutet und das wenige fruchtbare Land verkauft. Zu holen gibt es Uran, Öl, Gas, Gold, Phosphat – die Bevölkerung hat keinerlei Nutzen davon. Die politische und ökonomische Misere in Mali und den Nachbarstaaten kann nur



fern gestärkt. Das jetzige Eingreifen der französischen Armee und ihrer zahlreichen Verbündeten wird das dortige Problem nicht lösen, sondern bestenfalls zeitweise in andere Staaten verlagern. Zu den Kriegsteilnehmern gehört natürlich auch die Deutsche Bundeswehr, denn weltweite Sicherung der Rohstoffquellen ist ihr Auftrag

Das wirkliche Problem ist die völlige Perspektivlosigkeit großer Teile der

durch politische und ökonomische Veränderung behoben werden, jede Militarisierung wird nur weitere Kämpfer gegen den Westen mobilisieren. Überall gibt es politische Gruppierungen, die für solche Veränderungen kämpfen. Nur ihre Unterstützung kann die Lage nachhaltig verbessern. Wie skrupellos die NATO-Staaten handeln, kann man beim Vergleich der Kämpfe um Mali und Syrien erkennen. Viele der Aufständigen in Syrien sind enge Gesinnungsfreunde der Gruppen, die in Mali gegen die Regierung kämpfen. In Syrien werden sie von den Westmächten massiv unterstützt, in Mali militärisch bekämpft. In beiden Fällen leidet vor allem die Zivilbevölkerung.

Gernot Linhart

Zu Bebel in Wetzlar

Zu einer historischen Spurensuche durch die Wetzlarer Altstadt lädt die DKP-Gruppe des Lahn-Dillkreises für Freitag, den 22. Februar ein. Es geht um die Kindheit und Lehrjahre des späteren Sozialisten und Arbeiterführers August Bebel (1840-1913), die er - 13-jährig zum Vollwaisen geworden - in Wetzlar verbrachte. Stadtführerin Elisabeth Kleymann hat sich auf dieses Thema spezialisiert. Interessierte treffen sich zu der rund 90-minütigen Führung um 16 Uhr am Bebelplatz (am Rande der Altstadt).

UZ - Sozialistische Wochenzeitung der DKP

Probexemplar bzw. 10 Wochen Gratis-Abo

(endet automatisch):

UZ-Unsere Zeit,
Hoffnungstr. 18,
45127 Essen,
tel 0201-2486482

E-mail: UZabo@t-online.de
www.unsere-zeit.de

Solidaritätskundgebung für die ermordeten Kurdinnen



Am 9.1.2013 wurden in Paris drei kurdische Aktivistinnen durch gezielte Kopfschüsse kaltblütig ermordet. Diese Morde stellen einen neuen Höhepunkt im Krieg gegen die kurdische Freiheitsbewegung dar. Anlässlich dieser grausamen Tat fand am 19.1. eine Gedenkdemonstration in Gießen statt. Etwa 500 Menschen



aus verschiedenen Parteien, Verbänden und Vereinen drückten ihre Solidarität mit den Angehörigen und dem politischen Umfeld der Ermordeten

aus. Immer wieder schallten die Namen der drei Frauen Sakine Candiz, Fidan Dogan und Leyla Söylemez durch die Straßen. Auf Schildern war zu lesen: „Sakine ist unter uns“ oder „Eine Leyla stirbt. Tausend Leylas werden kommen!“. Was diese Losungen bedeuten, zeigt sich u.a. bei den großen Trauerkundgebungen, die in Amed und Paris stattfanden, an denen zehntausend Menschen teilnahmen.

Auf der Abschlusskundgebung wurde auch der politische und polizeiliche Umgang mit der Tat angesprochen. So wurden die Behauptungen der türkischen AKP-Regierung, die Morde seien das Resultat einer PKK-internen Abrechnungsaktion, genauso stark kritisiert wie das Vorgehen der französischen Polizei, die unmittel-

bar nach dem Mord eine Verbindung zum türkischen Geheimdienst ausgeschlossen hatte und stattdessen im Umfeld der Ermordeten ermittelt. Auch wir als SDAJ-Gruppe Gießen/Marburg nahmen an der Demo teil. Es war uns in diesem Rahmen möglich eine Grußbotschaft an die Kurdischen Genossinnen und Genossen zu richten und ihnen unsere Solidarität und Mitgefühl zu bekunden. Zudem wurden wir auf die im Anschluss stattfindenden Vorträge im kurdischen Kulturzentrum Gießen eingeladen. Dort fühlten wir uns bei warmen Tee und Essen herzlich aufgenommen. Wir hoffen auf eine weitere gute Zusammenarbeit mit der ansässigen



kurdischen Bewegung. Nur gemeinsam können wir hier in Deutschland Druck auf den deutschen Staat ausüben, der bis heute der größte Waffenlieferant für die Türkei ist. Wir werden das nicht hinnehmen, sondern solidarisch an der Seite der kurdischen Freiheitsbewegung stehen. Die SDAJ-Gruppe Gießen/Marburg

Pressefreiheit!?

Während Anwesende übereinstimmend zwischen 450 und 500 Teilnehmer schätzten, meldete der Anzeiger 350 und die Allgemeine gar nur 150 Teilnehmer.

Bert Brecht: Lob des Lernens

Lerne das Einfachste! Für die
Deren Zeit gekommen ist
Ist es nie zu spät!

Lerne das A-b-c, es genügt nicht, aber
Lerne es. Laß es Dich nicht verdrießen!
Fang an! Du mußt alles wissen!
Du mußt die Führung übernehmen.

Lerne, Mann im Asyl!
Lerne, Mann im Gefängnis!
Lerne, Frau in der Küche!
Lerne, Sechzigjährige!
Du mußt die Führung übernehmen.
Suche die Schule auf, Obdachloser!

Verschaffe dir Wissen, Frierender!
Hungriger, greif nach dem Buch: es ist eine Waffe.
Du mußt die Führung übernehmen.

Scheue dich nicht zu fragen, Genosse!
Laß dir nichts einreden
Sieh selber nach!
Was du nicht selber weißt,
Weißt du nicht.
Prüfe die Rechnung
Du mußt sie bezahlen.
Lege den Finger auf jeden Posten
Frage: Wie kommt er hierher?
Du mußt die Führung übernehmen.

Naziaufmarsch in Dresden, auch 2013!?

Die Stadt Dresden bestätigte Mitte Januar 2013, dass auch in diesem Jahr die Faschisten wieder eine Demonstration mit 1000 Teilnehmern planen. Seit 1998 versammeln sich um den 13. Februar in Dresden Nazis zu einem sog. „Trauermarsch“. Am Jahrestag der Bombardierung Dresdens im Zweiten Weltkrieg verbreiten sie die Lüge von der „unschuldigen Stadt“. Bis zum Jahr 2009 entwickelte sich der alljährliche Aufmarsch zum größten Nazi-Ereignis in ganz Europa. Erst 2010 gelang es durch Aktionsformen wie Massenblockaden und einem bundesweit agierenden Bündnis „Nazifrei! - Dresden stellt sich quer“ eine wirksame Gegenstrategie zu entwickeln. Tausende Menschen blockierten die Route der Nazis.

Dieser Erfolg wurde 2011 wiederholt, und 2012 sagten die Nazis ihren Großaufmarsch dann ganz ab. Nach den gescheiterten Aufmärschen der Faschisten verlegten sie sich auf ein dezentrales Konzept, also die Anmeldung von Kundgebungen in verschiedenen Städten. Aber auch immer in Dresden!

Dabei ist das Problem nicht nur die faschistische Mobilisierung, sondern auch

der Umstand, dass die staatlichen Stellen in Sachsen auf dem rechten Auge nicht nur blind sind, sondern offensichtlich eine gewisse „klammheimliche“ Sympathie für die Rechten empfinden. Am 16. 1. 2013 verurteilte das Amtsgericht Dresden einen 36-jährigen Antifaschisten aufgrund seiner Beteiligung an den Protesten im Jahr 2011 in Dresden zu einem Jahr und zehn Monaten Haft ohne Bewährung. Am gleichen Tag verurteilte das Landgericht Dresden fünf Aktivistinnen der verbotenen Neonazi-Gruppierung „Sturm 34“ wegen schwerer Körperverletzung, Sachbeschädigung und Bildung einer kriminellen Vereinigung zu Bewährungs- und Geldstrafen.

Es kann also keine Entwarnung gegeben werden; sobald die Faschisten wieder eine Möglichkeit sehen, werden sie wieder in Dresden sein. Deshalb gilt es auch in diesem Jahr wachsam zu bleiben: „Wir als Bündnis „Nazifrei! – Dresden stellt sich quer“ werden wieder einschreiten, falls Nazis am 13. Februar 2013 erneut versuchen, die NS-Geschichte zu verklären. Unsere Strategie bleibt dabei das Erfolgskonzept der Blockade.“
Henning Mächerle (VVN/BdA, DKP)

„Den russischen Kommunismus mit dem Nazifaschismus auf die gleiche moralische Stufe zu stellen, weil beide totalitär seien, ist bestenfalls Oberflächlichkeit, im schlimmsten Fall ist es – Faschismus. Wer auf dieser Gleichstellung beharrt, mag sich als Demokrat vorkommen, in Wahrheit und im Herzensgrund ist er damit bereits Faschist und wird mit Sicherheit den Faschismus nur unaufrichtig und zum Schein, mit vollem Haß aber den Kommunismus bekämpfen.“
(Thomas Mann)

1. Mai in Frankfurt: Nazis raus!

Am 1. Mai 2013 plant die faschistische NPD in Frankfurt einen Großaufmarsch. Diese Provokation, die vermutlich von der Stadt Frankfurt geduldet, wenn nicht geschützt werden wird, wiegt umso schwerer, als sich am folgenden Tag zum 80. Mal der Tag jährt, an dem die Gewerkschaften von den Nazis zerschlagen und ihr Vermögen geraubt wurden. Dieser Naziauftritt muß verhindert werden; ein breites Bündnis antifaschistischer Kräfte hat sich bereits gebildet, die sich den Nazis in den Weg stellen werden

**Widerstand
gegen Hartz IV**

jeden Montag 18 - 19 Uhr
bei den drei Schwätzern

Verdächtig – INDECT

Das europäische Projekt INDECT (Intelligentes Informationssystem zur Überwachung, Suche und Erfassung für die Sicherheit von Bürgern in städtischer Umgebung) kombiniert alle schon bekannten Überwachungssysteme (Videoüberwachung, biometrische Gesichtserkennung, die Nutzung persönlicher Daten und Informationen aus dem Internet für Fahndungszwecke usw.) und soll so schneller den Zugriff auf „verdächtige“ Personen ermöglichen.

Seit 2009 fördert die Europäische Kommission dieses Projekt mit 11 Millionen. Sobald jemand ein für den Computer unnormales Verhalten zeigt z.B. zu schnelles Laufen, zu lange an einer Autotür stehen und hantieren, zu laut reden, wird automatisch eine Kettenreaktion ausgelöst und die Person dann gegebenenfalls mit einer kleinen Drohne durch die Stadt

verfolgt, oder ein "echter" Polizist alarmiert. Das Bundeskriminalamt distanzierte sich vorerst von diesem Projekt; gleichzeitig ist die Universität Wuppertal beteiligt und die zum Einsatz kommenden Drohnen sollen von deutschen Firmen hergestellt werden.

Welche Informationen über INDECT an die Öffentlichkeit gelangen, beschließt ein INDECT-Ethikrat – der zum Großteil aus Polizeibeamten und Profiteuren besteht.

Der Generalverdachtschafft nicht mehr Sicherheit sondern nur die totale Überwachung à la George Orwell. INDECT – ein Computersystem - will definieren was Normalität ist, will letztendlich wissen was wir tun, bevor wir selbst es wissen – denn es soll ja schon die zu vermutende Vorbereitung einer Straftat erkannt werden

Sabine Albrecht



Wetzlar:

**Kann denn Jubeln Sünde sein?
Frauen unter Hitler**

(www.frauen-kabarett.de)

**Mittwoch, 20. Februar, 19.30
Uhr, Kulturzentrum Franzis,
Franziskanerstr. 4-6, Wetzlar
Eintritt 10,- (5.-) Euro, Einlass 19 Uhr
Veranstalter „Bunt statt Braun“,
Bündnis gegen Nazis Wetzlar**